



Stadt Obernburg

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Donnerstag, 30.11.2017
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:17 Uhr
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses in Obernburg

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Fieger, Dietmar

Mitglieder des Stadtrates

Bast, Hedwig
Braun, Jochen
Breunig, Stefan
Fischer, Klaus
Giegerich, Simon
Hauenschild, Ralf Dr.
Heinz, Katja
Jany, Christopher
Klemm, Peter
Klimmer, Hubert
Knecht, Richard
Kunisch, Günter
Lazarus, Alexander
Reis, Axel
Schmittner, Hans
Schmock, Manfred
Stich, Ansgar
Velte, Alexander
Wolf, Jürgen
Zöller, Wolfgang

Sitzung verlassen um 20.40 Uhr

Schriftführer/in

Zimmermann, Cornelia

Verwaltung

Geutner, Sabine
Hermann, Alexander

Gäste

Berres, Norbert
Schäffner, Martin Dipl.-Ing.

EZV

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- Gratulationen
- Schweigeminute für Dr. Leo Hefner
- 1 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 26.10.2017
- 2 Bekanntgaben
- 2.1 Einladung zum Adventskonzert
- 2.2 Bekanntgabe: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Bayern; Überarbeitung des Entwurfs **321/2017**
- 3 Änderung der Sitzverteilung in den Ausschüssen auf Grund des Austrittes von Stadtrat Stich aus der Fraktion SPD / Bündnis 90/Die Grünen **319/2017**
Beratung und Beschlussfassung
- 4 Vorstellung der Vorplanung einer Sozialen Integrationsstätte für Obernburg **317/2017**
Beratung und Beschlussfassung
- 5 EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain **275/2017**
Beteiligungsbericht 2016
Information
- 6 Vollzug der Gemeindeordnung
- 6.1 Feststellung der Jahresrechnung 2015 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO **264/2017**
Beratung und Beschlussfassung
- 6.2 Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO - Jahresrechnung 2015 **265/2017**
Beratung und Beschlussfassung
- 7 Anfragen
- 7.1 Fördermittel Wasserversorgung
- 7.2 Antrag der Freien Wähler
- 7.3 Förderung für vorbeugende Maßnahmen
- 7.4 Arbeitssicherheitsnachweis AMME
- 8 Bürgerfragestunde
- 8.1 Stellungnahme zur Wassersituation
- 8.2 Grünflächennutzung für Hunde
- 8.3 Gutachten Chlorungsverfahren

1. Bürgermeister Dietmar Fieger eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Öffentliche Sitzung

TOP	Gratulationen
------------	----------------------

TOP	Schweigeminute für Dr. Leo Hefner
------------	--

TOP 1	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 26.10.2017
--------------	---

TOP 2	Bekanntgaben
--------------	---------------------

TOP 2.1	Einladung zum Adventskonzert
----------------	-------------------------------------

TOP 2.2	Bekanntgabe: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Bayern; Überarbeitung des Entwurfs
----------------	---

Sachverhalt:

Die bayerische Staatsregierung hat die Teilfortschreibung des LEP nach der erfolgten Beteiligung geringfügig angepasst. Die Anpassungen in Bezug auf die von der Stadt Obernburg gestellten Einwände werden im Folgenden dargestellt. Dies betrifft lediglich das Anbindegebot. Beim Thema „Zentrale Orte“ fand keine relevante Änderung statt.

Stellungnahme der Stadt Obernburg:

„Durch die Aufweichung des Anbindegebots wird der Landschaftsverbrauch und die Flächenzersiedelung, derzeit bei ca. 18ha pro Tag (nach anderen Berechnungsmethoden kaum weniger bedrohliche 11ha pro Tag), unnötig weiter gefördert. Während ortsnahe Gewerbegebiete möglicherweise ungenutzt bleiben, entstehen auf der „grünen Wiese“ schädliche Gewerbebauten mit der entsprechenden Wirkung, z. B. Verschandelung der Landschaft, Erhöhung des Verkehrsaufkommens etwa für Beschäftigte, schwierigere und weitere Erschließung, Abfluss von Gewerbesteuerereinnahmen bei Verlagerungen bzw. ein entstehender Dumpingpreis-Wettbewerb zwischen Kommunen, Verödung der Innenstädte etwa durch Verlagerung selbst von mittleren Handwerksbetrieben, Konzentration vieler dezentraler Einrichtungen an einen Fleck etwa an der Auffahrt zur BAB 3 bei Stockstadt, Nachzug kleinerer Versorgungseinrichtungen etwa Imbisse, Cafes, Tankstellen u. Ä..“

Die vereinfachte Möglichkeit von Abweichungen erleichtert intransparente Entscheidungsprozesse hinsichtlich des Standorts auf der „grünen Wiese“.

Erfolgte Änderung durch die bayerische Staatsregierung:

Es wurden folgende Auflagen für die Aufgabe des Anbindegebots im Text ergänzt:

„...ohne wesentliche Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbilds...“

„...kein geeigneter angebundener Alternativstandort vorhanden ist...“

Zum Kernthema der Fortschreibung kann keine erneute Stellungnahme durch die Stadt Obernburg abgegeben werden, weil diese nicht zur erneuten Beurteilung steht und die Einwände bereits vorgetragen wurden.

TOP 3 Änderung der Sitzverteilung in den Ausschüssen auf Grund des Austrittes von Stadtrat Stich aus der Fraktion SPD / Bündnis 90/Die Grünen Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

In der Stadtratssitzung am 26.10.2017 erklärte Stadtrat Ansgar Stich, dass er als Sprecher der Fraktion SPD / Die Grünen zurücktritt und aus der Fraktion austritt.

Mit Schreiben vom 26.11.2017 teilte Stadtrat Axel Reis als Vorsitzender der Fraktion **Freie Wähler** mit, dass Stadtrat Ansgar Stich mit sofortiger Wirkung der Fraktion Freie Wähler im Stadtrat beigetreten ist. Die Fraktion heißt weiterhin **Freie Wähler**.

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 GeschO ist der Stadtrat hierüber zu unterrichten.

Durch den Beitritt von Stadtrat Stich zur Fraktion Freie Wähler ändert sich die Sitzverteilung in den Ausschüssen gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 GeschO in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts wie folgt:

Haupt- und Finanzausschuss, Bau- und Umweltausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Soziales (bestehend aus 9 Mitgliedern des Stadtrats und dem Vorsitzenden):

CSU: keine Änderung
Aktive Liste: keine Änderung
Freie Wähler: bisher 1 Sitz; neu: 2 Sitze
SPD / Die Grünen: bisher 2 Sitze; neu 1 Sitz.

Energiezweckverband EZV (Entsendung von 4 Mitgliedern des Stadtrats in den Verwaltungsrat):

CSU: keine Änderung
Aktive Liste: keine Änderung
Freie Wähler: bisher kein Sitz; neu: 1 Sitz
SPD / Die Grünen: bisher 1 Sitz; neu: kein Sitz

Die Änderungen der Sitzverteilung wären beschlussmäßig festzustellen.

Beim RPA (bestehend aus 5 Mitgliedern des Stadtrats) und beim Abwasserverband AMME (Entsendung von 6 Mitgliedern des Stadtrats in die Verbandsversammlung) ergeben sich keine Änderungen.

Die sich hieraus ergebenden personellen Änderungen bei der Besetzung der Ausschusssitze sowie des Beiratssitzes beim EZV werden die Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler und von SPD / Die Grünen in der Stadtratssitzung mitteilen.

Die mitgeteilten personellen Änderungen wären zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss:

Durch den Beitritt von Stadtrat Ansgar Stich zur Fraktion Freie Wähler ergibt sich ab sofort folgende Sitzverteilung im Haupt- und Finanzausschuss, im Bau- und Umweltausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Soziales:

CSU: 4 Sitze (wie bisher)
Aktive Liste: 2 Sitze (wie bisher)
Freie Wähler: 2 Sitze (neu)
SPD / Die Grünen: 1 Sitz (neu).

Für den Energiezweckverband EZV (Verwaltungsrat) ergibt sich folgende Sitzverteilung:

CSU: 2 Sitze (wie bisher)
Aktive Liste: 1 Sitz (wie bisher)
Freie Wähler: 1 Sitz (neu)
SPD / Die Grünen: kein Sitz (neu).

Die von den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilten personellen Änderungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

einstimmig beschlossen

TOP 4 Vorstellung der Vorplanung einer Sozialen Integrationsstätte für Obernburg Beratung und Beschlussfassung
--

Sachverhalt:

Im Rahmen des Kindergartenneubaus in der Obernburger Altstadt wurde über die Zukunft des Gebäudes Frühlingsstraße, Ecke Untere Wallstraße intensiv diskutiert. Ergebnis der Diskussion war, dass das Gebäude nicht abgerissen und mit Unterstützung der Städtebauförderung bei der Regierung von Unterfranken zu einem sozialen Treffpunkt „Mehrgenerationenhaus“ ausgebaut werden soll.

Der Stadtjugendpfleger Herr Fröhlich hat im Ausschuss für Wirtschaft und Soziales erste konzeptionelle Ideen für ein Jugendzentrum ausgearbeitet und diese dem Gremium vorgestellt. Im Rahmen der kontinuierlichen Treffen mit dem Seniorenbeirat hat die Verwaltung auch die Bedürfnisse dieses Personenkreises erfragt. Die Verwaltung wurde durch den WISO beauftragt, in die bauliche Projektierung des Vorhabens einzusteigen, weswegen das Projekt heute im Stadtrat vorgestellt werden soll.

Die Regierung von Unterfranken hat derzeit ein Programm des Bundes ausgeschrieben, das die soziale Integration am Ort fördern soll. Dies soll insbesondere durch Sanierung von Bestandsgebäuden in integrierten Lagen geschehen, die nach der Sanierung verschiedenen sozialen Zwecken zugeführt werden. Dafür ist eine Förderung von bis zu 90% der zuwendungsfähigen Kosten vorgesehen. Es steht pro Jahr ein bestimmtes Budget bereit, dass auf die eingereichten Projekte verteilt wird (Wettbewerb). Eine Förderung ist bis zur Bescheidung nicht garantiert.

Um mit der Regierung von Unterfranken in Kontakt zu treten und die Projektidee vorzustellen zu können, hat die Verwaltung den Architekten Herrn Dipl.-Ing. Martin Schäffner aus Kleinostheim beauftragt, eine Voruntersuchung des Gebäudes mit Ideenentwurf vorzubereiten. Dieses erste Konzept wurde bereits mit der Regierung, Frau Kircher, rückgekoppelt. Das Projekt wurde dort sehr positiv aufgenommen und der Stadt wurde die Empfehlung gegeben, die Geschwindigkeit der bisherigen Bearbeitung beizubehalten, weil dann die Wahrscheinlichkeit der Berücksichtigung des Vorhabens und für eine sehr hohe Förderungsquote hoch sei.

Im Rahmen eines gemeinsamen Sondierungstreffens mit Vertretern der Kita Altstadt, des Seniorenbeirats, sozialer Verbände (Caritas + BRK) und der Jugendbeauftragten wurde ebenfalls über den ersten Entwurf beraten. Das Feedback aller Beteiligten war grundsätzlich positiv. Im Rahmen der Diskussion ging es im Wesentlichen um Details der Raumaufteilung und -anordnung, die zwischenzeitlich auf Basis der Ergebnisse von Herrn Schäffner in der nun vorliegenden Planung überarbeitet wurden.

Herr Dipl.-Ing. Martin Schäffner stellt die Planung vor.

Die geschätzten Baukosten, berechnet nach DIN 276, belaufen sich auf ca. 1,47 Mio. Euro (brutto) zzgl. Planungsleistungen (ca. 196.000). Bis zur Erstellung dieser Vorlage lag noch keine Rückmeldung der Regierung vor, mit welcher Höhe der zuwendungsfähigen Kosten die Stadt rechnen könne. Die Baunebenkosten (inkl. der Planungsleistungen) werden von der Regierung pauschal mit 16% der zuwendungsfähigen Kosten bezuschusst.

Folgende finanzielle Rahmendaten ergeben sich:

Gesamtbaukostenschätzung nach DIN 276: 1.473.368,75 Euro (brutto)
Planungskosten nach HOAI 2013: 195.371,07 Euro (brutto)

Folgende Leistungen sind in den Planungskosten **enthalten**:

Grundlagenerstellung und Konzeption, Leistungsphasen 1 – 9 HOAI, Brandschutzfachplanung, Haustechnikfachplanung

Folgende Leistungen sind noch **nicht enthalten**:

Planung Außenanlage, Statiker

Wichtiger Hinweis: Die aufgeführten Kosten basieren auf Schätzungen, gegliedert nach den Kostengruppen der DIN 276. Diese wurden vom Planer nach bestem Wissen und Gewissen ermittelt. Die Kosten der Planungsleistungen sind auf Basis der geschätzten Kosten und der HOAI 2013 berechnet. Die tatsächliche Abrechnung der Planleistungen erfolgt auf Basis der tatsächlichen Baukosten (bzw. der anrechenbaren Kosten, ohne MwSt nach HOAI). Diese können somit höher oder niedriger ausfallen. Dies ist abhängig vom Submissionsergebnis und unvorhergesehener Aufwendungen im Bauverlauf, die nach heutigem Wissensstand nicht erkennbar oder absehbar sind. Aktuell ist ein Puffer von 30.000 Euro (netto) für Unvorhergesehenes eingeplant.

Die Förderung der Regierung von Unterfranken wird erst mit dem Bescheid und in einer maximalen Höhe von 90% der zuwendungsfähigen Kosten gewährt. Die Höhe der zuwendungsfähigen Kosten legt sie selbst fest. Hinzu kommt die o.g. pauschale Bezuschussung der Baunebenkosten mit 16% der zuwendungsfähigen Kosten.

Die nächsten Schritte sind die Rückmeldung der Regierung zur finanziellen Beteiligung, die Beauftragung der umfangreichen Planungsleistung durch den Architekten und die Fertigstellung der Antragsunterlagen. Als möglicher Baubeginn wird die zweite Jahreshälfte 2018 angestrebt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren weiter voran zu treiben und die höchstmögliche Förderung bei der Regierung von Unterfranken zu erzielen, um das Projekt möglichst zeitnah umzusetzen. Die dafür notwendigen Einzelentscheidungen werden fortlaufend in dem jeweils zuständigen Gremium gefasst.

Der im Sachverhalt beschriebene wichtige Hinweis wurde zur Kenntnis genommen.

einstimmig beschlossen

**TOP 5 EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain
Beteiligungsbericht 2016
Information**

Sachverhalt:

Gemäß Art. 94 Abs. 3 GO hat die Stadt jährlich einen Bericht über ihre unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform zu erstellen, wenn ihr mindestens 1/20 (5%) der Anteile eines Unternehmens gehört.

Die Stadt Obernburg ist bei der EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain mit 10,24% beteiligt. Von daher ist die Stadt Obernburg berichtspflichtig. Der Beteiligungsbericht 2015 wurde aktualisiert. Nach der gesetzlichen Vorschrift ist der Beteiligungsbericht dem Stadtrat vorzulegen.

Die Stadt hat ortsüblich darauf hinzuweisen, dass jedermann Einsicht in den Bericht nehmen kann. Der Beteiligungsbericht ist darüber hinaus dem Landratsamt Miltenberg vorzulegen.

Er soll weiter dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben trotz privatrechtlicher Ausgliederungen für die Kommune und den Bürger transparent bleibt.

Der Beteiligungsbericht dient damit sowohl den politisch Verantwortlichen als auch den von ihnen vertretenen Bürgern primär als Informationsgrundlage. Indem er die gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen aufzeigt und, soweit möglich, die Ertragslage der Gesellschaften erläutert, stellt er darüber hinaus auch ein geeignetes Medium zum Management und Controlling der kommunalen Beteiligungen durch Politik und Verwaltung dar.

Ein Beschluss der Zustimmung zum Beteiligungsbericht ist nicht notwendig, da dieser nur informativen Inhalt hat.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 der EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

TOP 6 Vollzug der Gemeindeordnung

**TOP 6.1 Feststellung der Jahresrechnung 2015 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO
Beratung und Beschlussfassung**

Sachverhalt:

Nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten stellt der Stadtrat alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgende übernächste Jahr, die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung (Art. 102 Abs. 3 GO).

Die Jahresrechnung 2015 wurde gemäß Art. 102 Abs. 2 GO dem Stadtrat in der Sitzung am 28.04.2016 zur Kenntnis gegeben.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2015 erfolgte durch den örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Jahresrechnung wird wie folgt festgestellt:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamthaushalt
Einnahmen	21.592.231,60 €	3.389.734,39 €	24.981.965,99 €

Ausgaben	21.592.231,60 €	3.389.734,39 €	24.981.965,99 €
----------	-----------------	----------------	-----------------

Zuführung zum Vermögenshaushalt: 1.883.151,04 €

Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV
(Zuführung allgemeine Rücklage) 226.443,39 €

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2015 wird nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

einstimmig beschlossen

**TOP 6.2 Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO - Jahresrechnung 2015
Beratung und Beschlussfassung**

Sachverhalt:

Der 1. Bürgermeister ist gemäß Art. 49 GO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

In der Anlage befindet sich der Jahresbericht des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Oberburg für das Haushaltsjahr 2015.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Entlastung für das Jahr 2015 zu erteilen.

Ja 17 Nein 2 beschlossen

21.55 Uhr Bürgermeister Fieger übernimmt wieder den Vorsitz.

TOP 7 Anfragen

TOP 7.1 Fördermittel Wasserversorgung

TOP 7.2 Antrag der Freien Wähler

TOP 7.3 Förderung für vorbeugende Maßnahmen

TOP 7.4 Arbeitssicherheitsnachweis AMME

TOP 8 Bürgerfragestunde

TOP 8.1 Stellungnahme zur Wassersituation

TOP 8.2 Grünflächennutzung für Hunde

TOP 8.3 Gutachten Chlorungsverfahren

Mit Dank für die rege Mitarbeit schließt 1. Bürgermeister Dietmar Fieger um 21:17 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dietmar Fieger
1. Bürgermeister

Cornelia Zimmermann
Schriftführer/in